

Worum geht's beim Bundeskongress in diesem Jahr ?

Alle 4 Jahre entscheiden die demokratisch gewählten Delegierten über den Kurs ihrer Gewerkschaft. Ein Schwerpunkt, neben den Wahlen und der Diskussion der Rechenschaftsberichte ist die Diskussion und Beschlussfassung über die Anträge. Die 1.000 Delegierten haben über 1.303 Anträge und zahlreiche Initiativ- und Änderungsanträge zu entscheiden. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit hier ein Ausschnitt wichtiger Kernpunkte der Auseinandersetzung:

In den 190 Anträgen zur Tarifpolitik werden zahlreiche Vorschläge für eine offensive Tarifpolitik entwickelt. "Angriff ist die beste Verteidigung" heißt es in einem Antrag der Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg. "Die Zeit der Zurückhaltung und gemäßigten Verhandlungen ist vorbei! Lang genug wurden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf bessere Zeiten vertröstet. ver.di muss wieder kämpferischer und mit eigenen Forderungen in die anstehenden Auseinandersetzungen gehen!"

Das ist auch der Tenor vieler Anträge, die sich kritisch mit dem TVÖD befassen, und vor allem die Möglichkeiten der Öffnungsklauseln, die Einführung so genannter "Leistungslohn-Bestandteile", die Meistbegünstigungsklausel und die Möglichkeiten zur Lohnabsenkung kritisieren.

Der weitere Kampf um Arbeitszeitverkürzung gehört nach Meinung vieler Anträge in den Mittelpunkt der Tarifpolitik von ver.di in den nächsten Jahren. 15 Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich werden gestellt.

Am konsequentesten dazu der Antrag der Vertrauensleute am Klinikum Stuttgart: "Wir fordern den Bundeskongress auf, zu beschließen, dass ver.di den Kampf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aufnimmt als Maßnahme zur Sicherung der Arbeitsplätze der Jugend und zum Erhalt unserer Gesundheit."

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Forderung nach einem Mindestlohn, wo mehrere Anträge einen Mindestlohn von 9 bzw. 10 Euro fordern und die bisher vertretene Forderung von 7,50 Euro als zu niedrig kritisieren. Viele Anträge fordern die Verankerung der Übernahme nach der Ausbildung als tarifpolitisches Ziel in den nächsten Tarifverhandlungen.

Ein weiterer Antragsschwerpunkt ist mit 107 Anträgen die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Über 20 Anträge fordern die Abschaffung von Ein-Euro-Jobs, einige Anträge fordern: Weg mit Hartz IV.

Zur Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik werden 145 Anträge gestellt.

8 Anträge treten für ein umfassenderes Streikrecht ein. Am weitest gehenden ein Antrag des Landesbezirkfachbereichsvorstand 5 Hessen, der eine Kampagne für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht fordert. Sechs Anträge, darunter einer der Bundesjugendkonferenz, fordern das Verbot der NPD und weitere 16 wollen die antifaschistische Arbeit von Ver.di verstärken.

Zahlreiche Anträge befassen sich auch mit der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und fordern eine aktive Gewerkschaftspolitik gegen Privatisierung, Outsourcing und andere Maßnahmen die öffentliche Daseinsvorsorge dem Prinzip der Gewinnmaximierung zu unterwerfen.

Wir wünschen allen Delegierten einen langen Atem für diese wichtigen Auseinandersetzungen, und eine fruchtbare Streitkultur um gemeinsam zu den richtigen Entscheidungen zu kommen. Auf unserem November-Stammtisch wollen wir die Ergebnisse des Bundeskongresses vorstellen und mit Euch diskutieren.

(Helmut Bohn-Klein, Sprecher der ver.di Betriebsgruppe am Städtischen Klinikum Neunkirchen)